

Pressemitteilung der BI Bürgerbegehren Hirschberg

Neubaugebiet – Potentialanalyse notwendig

Beim letzten Treffen der BI BB-Hirschberg wurde über die Aussagen der Gemeinderatsfraktionen zum Thema Neubaugebiet diskutiert. Alle Befürworter, insbesondere die CDU und FDP Fraktionen, scheinen schon ohne nähere Auseinandersetzung mit der Thematik zu wissen, dass „der Bedarf an Wohnraum schlicht und ergreifend da ist“, der ein Neubaugebiet rechtfertigt und damit weitere Flächen versiegelt und wertvollen Ackerboden vernichtet. Es scheint, dass sich dort Meinungen schon gebildet und verfestigt haben, ohne die aktuelle Rechtsprechung der Bundesverfassungsgerichtes (Klimaschutzurteil = Null- Hektar Politik), die Klimapolitik der Landes- und Bundesregierung sowie auch die Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt und die damit verbundenen Folgekosten der Gemeinde zu analysieren. Bis heute haben sich weder die CDU, noch die FDP oder aber die Freien Wähler dazu geäußert, dass bis dato für den Sterzwinkel über 800 tausend Euro an Rückstellungen für den zukünftigen Erhalt der Infrastruktur fehlen. Nachhaltige und vorsichtige Politik sieht anders aus. Schweigen macht es nicht besser. Missachtung und Nicht-Berücksichtigung von wissenschaftlichen Analysen im Vorfeld, die unisono bestätigen, das Neubaugebiete unwirtschaftlich sind, sind fahrlässig.

Dabei geht es bei der Potentialbewertung nicht nur um Dachausbau, sondern um Überbauung von Freiflächen und Nachverdichtung, ein Gesamtkonzept also. Sicher ist die freiwillige Befragung von Grundbesitzern ein guter Ansatz. Besser wäre zum Beispiel, ergänzend ein Gutachten erstellen zu lassen, um Klarheit zu bekommen. Dies bietet zum Beispiel die TU Darmstadt mit Prof Dr Tichelmann an, der mit seiner Deutschlandstudie 2019 allein ein Potential von bis zu 2,7 Millionen Wohnungen kommt, ohne Flächenerweiterung . Eine Einladung zu einem Gespräch bzw. Vortrag des Experten wäre ein Anfang.

Ein hohe Nachfrage rechtfertigt noch keinen weiteren finanziellen Nachteil für die Kommune und die Umwelt, Folgekosten müssen letztlich finanziert werden. Es bedarf eines kreativen Denkens. Immer weitere Schuldenaufnahme ist keine Lösung.

Insofern kann der vorgeschlagenen Vorgehensweise von der Verwaltung, sich zunächst intensiv mit den Potentialen, den wirklichen Bedarfen und den ökonomischen sowie ökologischen Auswirkungen auf die Gemeinde zu befassen, nur zugestimmt werden. Es wird ein lebendiger Diskurses und eine Bürgerbeteiligung benötigt, bevor weiter Fehler begangen werden, die nur die Grundstücksverkäufer erfreuen und den Gemeindehaushalt belasten.